

SPD demokratischer Presse Dienst

P/XXVI/229

1. Dezember 1971

Gruß an einen guten Freund

Zum 75. Geburtstag des Sozialdemokraten
Carlo Schmid

Von Alfred Nau
Mitglied des SPD-Präsidiums und Bundes-
schatzmeister

Seite 1 / 46 Zeilen

"Programm" ohne Aussagewert

CDU und CSU bleiben weiter die Antwort schuldig

Von Prof. Dr. Friedrich Schäfer MdB
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 2 / 47 Zeilen

Auch Politiker müssen an die Gesundheit denken

Niemand vollbringt Dauerleistungen ohne ernste
Selbstgefährdung

Von Dr. med. Horst Schmidt MdL
Sozialminister des Landes Hessen

Seite 3 / 36 Zeilen

Olympia-"Chancen" der CDU

Opposition ohne sportpolitisches Finger-
spitzengefühl

Seite 4 / 44 Zeilen

Chefredaktion: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Hausallee 2-10
Postfach: 9189
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 97-36
Telex: 666 648 666 647
699 648 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 106-112, Telefon: 7 66 11

Gruß an einen guten Freund

Zum 75. Geburtstag des Sozialdemokraten Carlo Schmid

Von Alfred Nau

Mitglied des SPD-Präsidiums und Bundesschatzmeister

Carlo Schmid wird am 3. Dezember 75 Jahre. Ein Freund hat ein Alter erreicht, das man früher "biblisch" nannte; aber seine Schaffenskraft ist ungebrochen. Der Politiker, den wir an diesem 3. Dezember 1971 feiern und ehren, steht mitten unter uns seinen Mann und nimmt tätigen und fördernden Anteil an dem aktuellen Geschehen und an der positiven Fortentwicklung einer Politik, deren Grundlagen er selbst mitgelegt hat.

Seit 1945 steht Carlo Schmid an führender Stelle in der deutschen Sozialdemokratie. Er wirkte mit am Wiederaufbau der Partei in seiner württembergischen Heimat; die Sozialdemokraten in Süd-Württemberg bestimmten ihn zu ihrem ersten Vorsitzenden. Seit 1947 gehört er dem Parteivorstand an und 1958 wurde er Mitglied des Präsidiums der Partei.

In diesen mehr als 20 Jahren hat Carlo Schmid in entscheidender Weise die Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beeinflusst. Seine großen Reden auf den Parteitagen 1950 in Hamburg und 1956 in München sind unvergessen; sie waren nicht nur rhetorische Meisterwerke, sondern sie haben seinen eigenen Freunden und darüber hinaus ungezählten Menschen in unserem Lande die gedanklichen Grundlagen für das Ringen und den Kampf um die soziale und demokratische Ausgestaltung unseres Gemeinwesens aufgezeigt. Carlo Schmid wurde so einer der großen Wegbereiter zum Godesberger Programm der SPD, und wenn heute die Sozialdemokraten zur führenden politischen Kraft in unserem Lande geworden sind, dann verdanken sie dies nicht zuletzt dem Engagement und der Weitsicht dieses Mannes.

Darauf hat der Bundeskanzler und Vorsitzende der SPD, Willy Brandt, in seiner Ansprache aus Anlaß des 70. Geburtstages von Carlo Schmid besonders hingewiesen. Damals, kurz nach Bildung der Großen Koalition, sagte Willy Brandt: "Es gibt viele, deren Haltung zu respektieren ist, wenn sie zu einem negativen Urteil über die Große Koalition kommen. Aber diejenigen, die in Wahrheit vor der Macht und vor der Regierungsverantwortung zittern, werden sich nicht auf einen Mann berufen können, der uns mehr als einmal gesagt hat, daß Schuld nicht nur durch Tun, sondern auch durch Unterlassen entstehen kann. Weder der einzelne noch eine Gemeinschaft wird frei durch Abseitsstehen. Jeder einzelne und erst recht eine Partei hat die Pflicht, die Welt, dieses Land, wie Carlo Schmid es selbst mehrfach ausgedrückt hat, 'immer menschlicher, immer menschenwürdiger' zu machen."

Diese Sätze charakterisieren Richtung und Zielsetzung des politischen Wirkens von Carlo Schmid. Denkend und handelnd hat er mitgewirkt, der SPD den Weg zu einer modernen Partei des Ausgleichs und der Gestaltung einer sozialen und freiheitlichen Demokratie zu ebnen. An seinem 75. Geburtstag danken ihm dafür alle Freunde.

(-/ex/1.12.1971/bgy)

"Programm" ohne Aussagewert

CDU und CSU bleiben weiter die Antwort schuldig

Von Prof. Dr. Friedrich Schäfer MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Gleichzeitig mit der Nominierung ihres Kanzlerkandidaten haben CDU und CSU ein "Sachprogramm für die gemeinsame Arbeit" veröffentlicht. Weil diese Erklärung mitten in der laufenden Legislaturperiode erfolgte, müßte sie demgemäß die Grundlage der Politik der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag sein. Sie müßte die Alternativvorstellungen der Opposition zum Regierungsprogramm der Bundesregierung darstellen.

Nichts von alledem enthält dieses "Sachprogramm". Daß sich CDU und CSU zum freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat bekennen, sollte man voraussetzen dürfen, und daß sie sich für ein friedliches und gesichertes Zusammenleben der Völker aussprechen, ist ein Gebot des Grundgesetzes. Interessanter ist da schon, daß CDU und CSU nun meinen, daß sie "das enge nationalstaatliche Denken hinter sich gelassen haben".

Die Bundesregierung hatte in ihrer Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 gesagt: "Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn werden im Innern und nach außen". Demgemäß wurde die Erweiterung der EWG eingeleitet, die zu so beachtlichen Erfolgen geführt hat. Die westliche Allianz unterstützt die Bemühungen der Bundesregierung für eine Entspannungspolitik, um "den Frieden sicherer zu machen". Die Erfolge der Bundesregierung finden sichtbare Anerkennung in aller Welt. CDU und CSU haben dem kein irgendwie konkretes Programm gegenübergestellt. Sie sind sich offensichtlich nach wie vor uneins über den von der Bundesrepublik einzuschlagenden Weg.

Zur Wirtschafts- und Finanzpolitik bringt das Unionsparteien-Papier faktisch keinerlei brauchbare Aussagen. Mit wertlosen Allgemeinplätzen versuchen die beiden Parteien über Fragen der Mitbestimmung und der Vermögensbildung, über bildungspolitische Fragen und über die Sicherung unserer Demokratie hinwegzukommen. Kein Wort zu Fragen des Umweltschutzes. Keine Aussage zur Gesundheitspolitik. Keine Konzeption zur Sozialpolitik.

Wie beachtlich hebt sich dagegen die Leistung der Bundesregierung und der sie tragenden Fraktionen SPD und FDP ab: Städtebau- Förderungsgesetz und Betriebsverfassungsgesetz sind verabschiedet; das Mieterschutzgesetz gegen harten Widerstand durchgesetzt; eine sozialpolitische Konzeption mit flexibler Altersgrenze und Fortführung der Rentenreform stehen zur Debatte; die Bundesregierung hat ihr Umweltschutzprogramm vorgelegt. Die Bevölkerung vermag mitzuerleben und mitzuverfolgen, wie die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen das Regierungsprogramm in die Tat umsetzen.

In einem Zeitpunkt also, in dem CDU und CSU im Bundestag über Innere Reformen mitreden wollen, sind sie nicht in der Lage, in ihrem "Sachprogramm" konkrete Aussagen dazu zu machen.

(-/ex/1.12.1971/ks)

Auch Politiker müssen an die Gesundheit denken

Niemand vollbringt Dauerleistungen ohne ernste Selbstgefährdung

Von Dr. med. Horst Schmidt MdB
Sozialminister des Landes Hessen

Wenn mich der plötzliche Tod des Frankfurter Oberbürgermeisters Walter Möller veranlaßt hat, eine ernste Mahnung an alle Politiker zu richten, trotz ihrer dienstlichen und politischen Beanspruchung auch an die eigene Gesundheit zu denken, und ich mich selbst entschlossen habe, künftig keine Verpflichtungen an Sonntagen mehr einzugehen, so hat das mehrere Gründe.

Als Arzt weiß ich genau, daß niemand körperliche Spitzenleistungen als Dauerleistungen vollbringen kann, ohne Schaden zu nehmen. Dies gilt in ganz besonderem Maße für Politiker, deren Tageslauf sich im Gegensatz zu fast allen anderen Berufen nicht nach festen Regeln vollzieht, sondern von vielen unvorhergesehenen aktuellen Ereignissen bestimmt wird.

Die Liste der Politiker - quer durch alle Parteien -, die allein in den letzten Jahren mitten aus ihrem Schaffen - nicht selten in der sogenannten "Blütezeit des menschlichen Lebens" - durch den Tod herausgerissen wurden, ist bestürzend lang. Diese Liste enthält nicht nur Namen von Bundes- und Landespolitikern, sondern umfaßt auch Kommunalpolitiker selbst kleinerer Gemeinden.

Es ist unstrittig, daß ein gewisser "politischer Ehrgeiz" mitspielt und jeder meint, keinen Anlaß versäumen zu können und zu dürfen, um seine Teilhabe augenfällig zu dokumentieren. Zu einem großen Teil aber sind es auch die Verbände, Organisationen, Vereine und sonstige Veranstalter, die glauben, ohne einen Politiker nicht auskommen zu können, und die dabei die tatsächliche Überbeanspruchung der Politiker durch die aktuelle Tagespolitik vergessen.

Ich halte es deshalb als Politiker und Arzt für meine Pflicht, alle zu mahnen, in erster Linie an die Gesundheit zu denken. Ein toter Politiker kann niemand mehr nützlich sein.

In einer Zeit, in der die Gewerkschaften ihre berechtigten Forderungen nach Verkürzung der Arbeitszeit im Interesse der Gesunderhaltung der Menschen fordern und durchsetzen, ist es mir unverständlich, daß sich dieser Trend zur Arbeitszeitverkürzung für die Politiker im umgekehrten Sinne, also negativ auswirken soll.

Hinzu kommt, daß auch die Familie ihr Recht haben muß. Das gilt für einen Politiker genauso wie für jeden anderen schaffenden Menschen.

(-/ex/1.12.1971/ks)

Olympia-"Chancen" der CDU

Opposition ohne sportpolitisches Fingerspitzengefühl

Von der Vorstellung, "preiswerte und einfache Olympische Spiele" ausrichten zu können, hat selbst das Internationale Olympische Komitee Abschied genommen. Olympische Spiele drohen immer mehr zu einem Privileg der Industrienationen zu werden: 1976 Montreal, 1980 Moskau, 1984 Peking. Hält man sich an diese durchaus "realistische Reihenfolge", können beispielsweise die afrikanischen Länder in Zukunft weiterhin nur von Olympischen Spielen träumen oder aber in Europa und Süd- oder Nordamerika "dabei sein". Eine traurige, aber nüchterne und harte Entwicklung, die auch das IOC bisher nicht verhindern konnte.

Wie machtvoll man den Olympischen Gästen der Welt die CDU/CSU-Vorstellungen von der "Größe Deutschlands" (Ludwig Erhard: "Wir sind wieder wer!") ins Bewusstsein rufen will, dokumentierte auch der CDU-Generalsekretär und Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Sport und Olympische Spiele, Dr. Konrad Kraske, in unnachahmlicher Weise. Kraske im "Deutschen Monatsblatt": "Vielmehr geht es doch darum, und hier sehe ich die große Chance, daß sich unser Land, über das es in der Welt eine Fülle von Mißverständnissen gibt, vor den Augen der Weltöffentlichkeit selbst darstellen kann, so wie es wirklich ist: fleißig, arbeitsam, friedliebend, auf die Freundschaft der Welt angewiesen und um sie bemüht. Diese Chance, meine ich, ist eine großartige Sache, die wir soweit ausnutzen sollten, wie das nur irgend möglich ist".

Wenn Dr. Kraske auch nur ein wenig mehr sportpolitisches Fingerspitzengefühl hätte, so müßte er erkennen, daß es eben keine "großartige Sache" ist, der Welt diese "deutschen" Eigenschaften mit aller Deutlichkeit ausgerechnet aus Anlaß der Spiele der XX. Olympiade 1972 vor Augen zu führen. Wenn Dr. Kraske gleichzeitig bedauert, daß es in der Welt noch eine Fülle von Mißverständnissen über die Bundesrepublik gäbe, so hat er mit diesen Aussagen dazu beigetragen, daß sich diese "Mißverständnisse" eher vergrößern als verringern.

Wenn die Bundesrepublik aus einer sportlichen Weltgroßveranstaltung positive Auswirkungen ziehen will, so ist das dann legitim, wenn die sportlichen Erkenntnisse auf den Bereich der Sportpraxis in unserem Lande Anwendung finden. Die Worte von Bundeskanzler Willy Brandt: "Die Selbstverwaltung des Sports und die staatlichen Organe müssen alle Chancen nutzen, die sich aus dem Interesse der Bevölkerung an den Olympischen Spielen bieten, um den Bürgern unseres Landes noch mehr als bisher die Möglichkeiten zu bieten, selbst sportlich aktiv zu werden", mögen für den CDU-Politiker Dr. Konrad Kraske als sportpolitischer Nachhilfemunterricht dienen. (schm/ex/1.12.1971)